Die Planunterlage (Stand: 27.04.2021) entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.

Hamm,

Städt. Vermessungsdirektor

Für den Entwurf:

Hamm,

Stadtbaurat

Städt. Baudirektor

Städt. Baudirektor

Städt. Baudirektor

Dieser Bebauungsplan besteht aus einem Blatt Zeichnung.

Hamm,
Der Oberbürgermeister
i.A.

Städt. Baudirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat gemäß § 2 (1) BauGB am _____ die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.
Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte am _____.

Hamm,
Der Oberbürgermeister
i.A.

Städt. Baudirektor

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB hat als Besprechungsmöglichkeit bei der Verwaltung vom 07.12.2020 bis einschließlich 21.12.2020 stattgefunden.

Hamm,
Der Oberbürgermeister
i.A.

Städt. Baudirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat die gemäß § 3 (2) BauGB erforderliche öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit der Begründung vom _____ am _____ beschlossen.

Hamm,
Der Oberbürgermeister
i.A.

Städt. Baudirektor

Dieser Bebauungsplan hat mit der Begründung vom _____ gemäß § 3 (2) BauGB nach erfolgter Bekanntmachung am _____ in der Zeit vom _____ bis einschließlich _____ öffentlich ausgelegen.

Hamm,
Der Oberbürgermeister
i.A.

Städt. Baudirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat gemäß § 10 BauGB dieser Bebauungsplan mit der Begründung vom _____ einschließlich der in roter Farbe eingetragenen Änderungen am _____ als Satzung beschlossen.

Hamm,
Der Oberbürgermeister
i.A.

Städt. Baudirektor

Die Bereithaltung dieses Bebauungsplanes zu jedermanns Einsicht ist gemäß § 10 (3) BauGB am _____ ortsüblich bekanntgemacht worden.

Hamm,
Der Oberbürgermeister
i.A.

Städt. Baudirektor

Rechtsgrundlagen:

§ 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666/SGV. NW 2023) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -

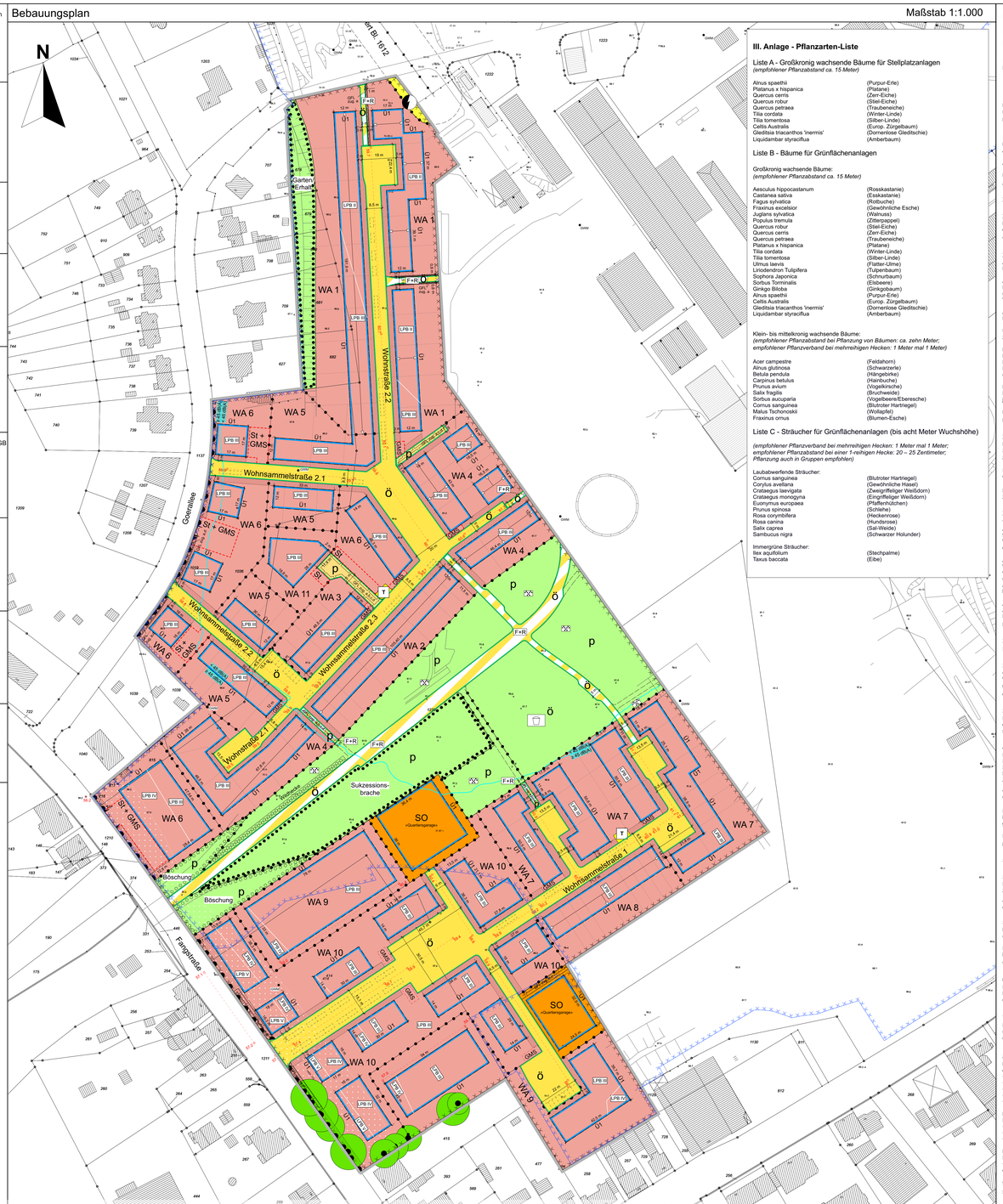
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) i.V.m. der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786) - jeweils in der gegenwärtig geltenden Fassung -

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. Ausgabe 2018 Nr. 19 S. 421) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -

Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl.I S.58) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -

Bebauungsplan

Maßstab 1:1.000



Zeichenerklärung

Auszug aus der Planzeichenverordnung (PlanV)

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB sowie §§ 1, 4, 11 BauNVO)

- WA — Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)
- SO — Sonstige Sondergebiete (§11 BauNVO, Zweckbestimmung siehe Einschrieb)

Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16 - 19 BauNVO)

- 0,4 — Grundflächenzahl (GRZ)
- (0,8) — Geschossflächenzahl (GFZ)

Zahl der Vollgeschosse

- I-II als Mindest- und Höchstmaß, z.B. I-II
- IV als Höchstmaß

Höhe der baulichen Anlagen in m über einem Bezugspunkt

- FH_{max} Firsthöhe, z.B. 8,5 m über dem Bezugspunkt
- GH_{max} Gebäudehöhe, z.B. 7,0 m über dem Bezugspunkt
- TH_{max} Traufhöhe, z.B. 6,5 m über dem Bezugspunkt

Bauweise, Baulinie, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

- o — Offene Bauweise
- a — Abweichende Bauweise
- E — nur Einzelhäuser zulässig
- ED — nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- Baugrenze

Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- ö — öffentliche Straßenverkehrsflächen
- p — private Straßenverkehrsflächen
- Ö — öffentliche Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- p — private Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- F+R — Fuß- und Radweg
- Straßenbegrenzungslinie

Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen

- Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt
- Ein- und Ausfahrtbereich

Flächen für Versorgungsanlagen und Abwasserbeseitigung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 BauGB)

- Versorgungsfläche (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- Elektrizität
- T — Trafostation

Hauptversorgungsleitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

- Freileitung (oberirdisch) mit Schutzstreifen

Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- ö — Grünfläche (öffentlich) (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- p — Grünflächen (privat) (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- Parkanlage
- Spielplatz

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und 25b BauGB)

- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern
- Erhaltung Bäume

Sonstige Planzeichen

- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB, Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- St GMS — Stellplätze, Gemeinschaftsmüllbehälterstandorte
- Mit Geh- (G), Fahr- (F) und Leitungsrechten (L) zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)
- (Begünstigte siehe Einschrieb) zugunsten: a) der Stadt Hamm b) der Allgemeinheit c) der Anlieger d) der Stadtwerke
- 57.5 — Höhenbezugspunkt (BZP) in m über Normalhöhennull (NHN) mit Linie (§ 9 Abs. 2 und Abs. 6 BauGB)

Gestalterische Festsetzungen/ Örtliche Bauvorschriften
(§ 9 Abs. 4 BauGB und § 89 Abs. 1 BauO NRW)

- FD — Flachdach
- PD — Pultdach
- SD — Satteldach
- 30°- 40° — Dachneigung, z.B. 30°- 40°
- Hauptfirstrichtung
- Neigungsrichtung des Pultdaches
- Vorgartenbereich

weitere Festsetzungen siehe örtliche Bauvorschriften in Textform

Lärmpegelbereich nach DIN 4109 (siehe textliche Festsetzungen)

Beurteilungspegel nachts über 45 dB(A) nach DIN 4109-1/18 (siehe textliche Festsetzungen)

Äquivalenter Dauerschallpegel von 62 dB(A) tags (siehe textliche Festsetzungen)

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen z.B. von Baugebieten oder Abgrenzungen des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes (z.B. § 1 Abs. 4 § 16 Abs. 5 BauNVO)

Sonstige Darstellungen (keine Festsetzungen)

- Vorgeschlagene Wegeführung für privaten Fuß- und Radweg
- Vorschlag zur Grundstücksteilung
- Vorgeschlagene Flächen für Stellplätze innerhalb öffentlicher Verkehrsflächen
- Bemaßung
- 62,1 — vorhandene Geländehöhe über NHN
- vorhandene Bebauung mit Hausnummer
- 122 — Flurstücksnummer
- Flurstücksgrenze mit Grenzpunkt
- Flurgrenze
- GWM — Grundwassermessstelle

Kennzeichnungen

- Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (§ 9 Abs. 5 Nr. 3 und Abs. 6 BauGB)

Kennzeichnung in Textform gemäß §9 (5) BauGB
Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist als Flächen, bei denen Bebauung besonderes bauliches Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind (Methanausgasungen) gekennzeichnet (§ 9 Abs. 5 Nr. 1 und Abs. 6 BauGB).

Unter den im Geltungsbereich liegenden Flächen ging der Bergbau um. Auch nach Beendigung des Kohleabbaus muss mit bergbaulichen Auswirkungen gerechnet werden.

Nachrichtliche Übernahmen gemäß §9 (6) BauGB
Flächen, für die aktuell das Abschlussbetriebsplanverfahren (ABV) im Sinne des BBergG durchgeführt wird

WA 1	I-II	WA 2	I-II	WA 3	I-II	WA 4	I-II	WA 5	I-II	WA 6	II-III	WA 7	I-II	WA 8	I-II	WA 9	II-III	WA10	III-IV	WA 11	I-II	SO «Quartiersgar»	IV
0,4	0,8	0,4	0,8	0,4	0,8	0,4	0,8	0,4	0,8	0,4	1,2	0,4	0,8	0,4	0,8	0,4	1,2	0,4	1,2	0,4	0,8	0,8	2,8
a	SD 30° - 40°	a	PD max. 10°	a	FD max. 5°	O / ED	PD max. 10°	O / ED	FD max. 5°	o	FD max. 5°	O / ED	PD max. 10°	a	PD max. 10°	O / E	FD max. 5°	O / E	FD max. 5°	o	FD max. 5°	O / E	
FH_{max} 10,0 m TH_{max} 6,5 m		FH_{max} 8,5 m TH_{max} 6,5 m		GH_{max} 7,0 m		FH_{max} 8,5 m TH_{max} 6,5 m		GH_{max} 7,0 m		GH_{max} 10,0 m		FH_{max} 8,5 m TH_{max} 6,5 m		FH_{max} 8,5 m TH_{max} 6,5 m		GH_{max} 10,0 m		GH_{max} 13,0 m		GH_{max} 8,5 m		GH_{max} 11,5 m	

I. Textliche Festsetzungen gemäß § 9 (1) BauGB

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 Abs. 5, 6 u. § 4 und 11 BauNVO)

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA)
In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 bis WA 11 sind gemäß § 4 BauNVO allgemein zulässig:
1. Wohngebäude,
2. die der Versorgung des Gebietes dienende Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

Die in § 4 Abs. 3 BauNVO genannten, ausnahmsweise zulässigen Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe sowie Tankstellen sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und somit gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 bis WA 11 ausgeschlossen.

1.2 Sonstiges Sondergebiet »Quartiersgarage«
Die Sonstigen Sondergebiete mit der Zweckbestimmung »Quartiersgarage« dienen der Errichtung von Parkhäusern zum Abstellen von Kraftfahrzeugen.

Allgemein zulässig sind alle mit der Zweckbestimmung wesensmäßig verbundenen baulichen und sonstigen Anlagen.

Die oberste Geschossdecke des Parkhauses darf nicht als Abstellfläche genutzt werden, sondern ist als geschlossenes Dach auszubilden.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 bis 20 BauNVO)

2.1 Überschreitung der Grundflächenzahl zugunsten von Zufahrten und Nebenanlagen
Die zulässige Grundfläche der Sonstigen Sondergebiete »Quartiersgarage« darf gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 und 4 BauNVO durch die Grundflächen von Zufahrten sowie baulichen Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO bis zu einer maximalen Grundflächenzahl (GRZ) von 0,9 überschritten werden.

2.2 Begriffsbestimmungen Höhenfestsetzungen und Ermittlung der Bezugspunkte
Als Bezugsbestimmung für die Festsetzung der Gebäudehöhe (GH) gilt die folgende Definition:
Die Gebäudehöhe wird bestimmt durch die Oberkante der baulichen Anlage.

Als Begriffsbestimmung für die Festsetzung der Traufhöhen (TH) gilt die folgende Definition:
Die Traufhöhe ist der Schnittpunkt der Gebäudeaußenwand mit der Dachhaut. Bei zurückgesetzten Gebäudeaußenwänden (Staffelgeschoss) ist als Traufhöhe der Schnittpunkt der äußersten Gebäudeaußenwand mit dem Dach des obersten Vollgeschosses heranzuziehen.

Als Begriffsbestimmung für die Festsetzung der Firsthöhen (FH) gilt die folgende Definition:
Die Firsthöhe ist als höchster Punkt der Dachhaut definiert.

Unteres Bezugsmaß der festgesetzten maximalen Gebäudehöhen (GH), der Traufhöhen (TH) sowie der Firsthöhen (FH) ist der zu ermittelnde, relevante Höhenbezugspunkt (HBP).

Der relevante Höhenbezugspunkt (HBP) ist je Gebäude wie folgt zu berechnen:
Der Höhenwert ergibt sich durch lineare Interpolation der beiden nächstgelegenen, zeichnerisch festgesetzten Höhenbezugspunkte (BZP). Es sind dabei jeweils die BZP heranzuziehen, die mit einer Linie verbunden sind und die der Fassade, für den Höhenbezugspunkt ermittelt wird, am nächsten liegen. Der für ein Gebäude relevante Höhenbezugspunkt (HBP) ist entlang der Linie zwischen den beiden Höhenbezugspunkten (BZP) zu ermitteln.

Der relevante Schnittpunkt zwischen zwei Höhenbezugspunkten (BZP) verläuft senkrecht zur Linie zwischen den Höhenbezugspunkten (BZP) und muss die längere Gebäudefassade des Gebäudes mittig schneiden. Pro Gebäude gilt dabei jeweils der höchste resultierende, relevante Höhenbezugspunkt (HBP).

Die Höhenbezugspunkte (BZP) sind als Maß über Normalhöhennull (NHN) zeichnerisch festgesetzt und mit der relevanten Bezugslinie verbunden.

2.3 Höhe baulicher Anlagen
Die maximal zulässige Höhe der baulichen Anlagen in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 bis WA 11 sowie in den Sonstigen Sondergebieten SO «Quartiersgarage» wird durch maximal zulässige Gebäudehöhen (GH) bzw. maximal zulässige Trauf- und Firsthöhen (TH und FH) über dem relevanten Höhenbezugspunkt (HBP) festgesetzt.

In den Außenwänden der geplanten Gebäude der Allgemeinen Wohngebiete WA 1 bis WA 11 sind bodentiefe Öffnungen, wie Türen oder bodentiefe Fenster, mindestens 0,3 m über dem relevanten Höhenbezugspunkt (HBP) auszuführen.

Photovoltaik- und Solaranlagen sind allgemein auf den Dachflächen zulässig und werden nicht auf die maximal zulässige Gebäudehöhe angerechnet.

2.4 Zulässige Überschreitung der festgesetzten Gebäudehöhen (GH) und Unterschreitung der festgesetzten Mindesthöhe für bodentiefe Öffnungen
Ausnahmsweise dürfen die festgesetzten zulässigen Gebäudehöhen (GH) der Allgemeinen Wohngebiete WA 3, WA 5, WA 6, WA 9, WA 10 und WA 11 sowie die festgesetzten Firsthöhen (FH) der Allgemeinen Wohngebiete WA 2, WA 4, WA 7 und WA 8 durch Umwehrungen gemäß § 18 Abs. 2 BauNVO um maximal bis zu 0,9 m überschritten werden. Umwehrungen sind dabei um mindestens 1,0 m von der Außenkante des darunter liegenden Geschosses zurückzusetzen.

Ausnahmsweise darf die festgesetzte Gebäudehöhe (GH) der Allgemeinen Wohngebiete WA 3, WA 5, WA 6, WA 9, WA 10 und WA 11 sowie der Sonstigen Sondergebiete SO «Quartiersgarage» durch untergeordnete technische Anlagen/Aufbauten/Bauteile, wie z.B. Aufzüge, Treppenanlagen, Lüftungs- und Kühlaggregate etc. gemäß § 18 Abs. 2 BauNVO um maximal 2,0 m überschritten werden. Die untergeordneten technischen Anlagen/Aufbauten/Bauteile, unter Ausnahme der Treppenanlagen und Aufzüge, sind dabei mindestens um das Maß ihrer Höhe (gemessen ab Oberkante Dachhaut) von der Außenkante des darunter liegenden Geschosses zurückzusetzen.

Ausnahmsweise darf die festgesetzte Mindesthöhe für bodentiefe Öffnungen, wie Türen oder bodentiefe Fenster gemäß § 18 Abs. 2 BauNVO unterschritten werden, sofern sichergestellt wird, dass der Überflutungsschutz gegen anfallendes Niederschlagswasser entsprechenden Schutzmaßnahmen gegeben ist. Als geeignete Maßnahmen gewährleistet ist. Hierzu ist im Rahmen der Baugenehmigung ein Einvernehmen mit der Stadt herzustellen.

3. Überbaubare Grundstücksflächen und Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. §§ 22, 23 BauNVO)

3.1 Überbaubare Grundstücksflächen
Gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO dürfen untergeordnete Bauteile, wie Balkone, Terrassen, offene Terrassenüberdachungen und Vordergärten die mit Ü1 gekennzeichneten Baugrenzen um bis zu 3,0 m ausnahmsweise überschreiten, sofern andere gesetzliche Vorgaben, insbesondere die nach BauO NRW erforderlichen Abstandsflächen sowie die weiteren Festsetzungen dieses Bebauungsplanes, nicht entgegenstehen.

3.2 Bauweise
In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 bis WA 3 sowie WA 8 wird eine abweichende Bauweise »a« festgesetzt. Es gilt die offene Bauweise im Sinne des § 22 Abs. 2 BauNVO mit der Abweichung, dass Gebäude mit bis zu maximal 24 m Länge zulässig sind.

4. Stellplätze, Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

In den festgesetzten Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2, WA 3, WA 4, WA 5, WA 7 und WA 8 sind Stellplätze, überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Davon abweichend dürfen Stellplätze, überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen im seitlichen Bauwich der festgesetzten Baugrenzen der jeweiligen Hauptgebäude errichtet werden, sofern sie mindestens 0,5 m Abstand zu festgesetzten Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung im seitlichen Bauwich einhalten.

Vor Garagen und überdachten Stellplätzen (Carports) in den festgesetzten Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2, WA 3, WA 4, WA 5, WA 7 und WA 8 ist ein Abstellplatz (Stauraum) von mindestens 5 m Tiefe freizuhalten.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 6 und WA 11 sind Stellplätze, überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb der dafür zeichnerisch festgesetzten und mit »St« gekennzeichneten Flächen zulässig.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 9 und WA 10 sind Stellplätze, überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

5. Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

5.1 Fahrradabstellplätze, Einstellplätze für Müllbehälter, Garten- und Gerätehäuser
In den als »Vorgärten« gekennzeichneten Bereichen sind bauliche Nebenanlagen im Sinne von § 14 Abs. 1 BauNVO nicht zulässig. Fahrradabstellplätze sind hiervon ausgenommen.

Von der Festsetzung kann zugunsten von eingehausten Mülbehälterstellplätzen innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete WA 1, WA 2, WA 3, WA 4, WA 5, WA 6, WA 7 und WA 8 abgewichen werden.

5.2 Gemeinschaftsmüllbehälterstandorte
Die mit »GMS« gekennzeichneten Flächen für Gemeinschaftsmüllbehälterstandorte sind als zentrale Abholstellen für Müllmonnen anzulegen.

In den mit WA 6, WA 7, WA 9 und WA 10 gekennzeichneten Allgemeinen Wohngebieten sind Gemeinschaftsmüllbehälter nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb der mit »GMS« gekennzeichneten Flächen für Gemeinschaftsmüllbehälterstandorte zulässig.

6. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2, WA 3, WA 4, WA 5, WA 7 und WA 8 sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB je Einzelhaus sowie je Doppelhaushälfte maximal zwei Wohnungen je Wohngebäude und in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2, WA 3, WA 7 und WA 8 je Hausgruppe nur eine Wohnung je Wohngebäude zulässig.

7. Öffentlich geförderter Wohnraum (§ 9 Abs. 1 Nr. 7 BauGB)

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 6, WA 9, WA 10 und WA 11 sind mindestens 50 % der Wohneinheiten je Baugrundstück als öffentlich gefördert zu errichten, dass sie mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden können. Die jeweils geltenden Wohnraumförderungsbestimmungen des Landes NRW sind einzuhalten.

8. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung »Böschung« sind dauerhaft zu begrünen. Innerhalb der Flächen sind darüber hinaus zulässig:
- Bestehende Baukörper, einschließlich erforderlicher Bauteile zum Erhalt des angrenzenden Brückenbauwerkes,
- Abgrabungen und Anschüttungen, Erdwälle und modellierte Erdhügel-/kuppen,
- Entwässerungsgräben und Leitungstrassen,
- unterirdische Anlagen zur Ver- und Entsorgung sowie
- Zuwegungen für Wartung und Betrieb.

Die private Grünfläche mit der Zweckbestimmung »Sukzessionsbrache« ist dauerhaft als Sukzessionsbrache zu erhalten. Innerhalb der Fläche sind darüber hinaus zulässig:
- Zäune zur Einfriedung,
- der bestehende Unterbau des ehemaligen Gleisbettes, sofern die Belastung der Fläche mit Altlasten dies zulässt sowie
- Zuwegungen für Wartung und Betrieb.

Die vorhandene Bepflanzung der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung »Garten/Erhalt« ist dauerhaft zu erhalten. Innerhalb der Fläche sind darüber hinaus zulässig:
- jegliche mit der Gartennutzung verbundenen baulichen Anlagen sofern diese dem Erhalt der vorhandenen Bäume nicht entgegenstehen.

9. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i.S.d. Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

9.1 Schutzfläche Hochspannungsfreileitung
Die als »Schutzstreifen der Hochspannungsfreileitung« gekennzeichneten Flächen im Einwirkungsbereich der 110 KV-Freileitung (10 m zu den äußeren Leitern) sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes, hier im Rahmen der Vorsorge nach § 4 der 26. BImSchV, von einer Bebauung freizuhalten. Bereiche für einen längeren Aufenthalt von Personen sind nicht zulässig. Des Weiteren sind die Vorgaben der »LAI zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder« zu berücksichtigen.

9.2 Altlasten
Die als »Altstandort/Verdachtsfläche« gekennzeichneten Flächen des Plangebietes stehen unter bodenschutzrechtlichem Vorbehalt. Es sind die entsprechenden Vorgaben des Hinweises auf der Planurkunde sowie die Vorgaben des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) sowie des Landesbodenschutzgesetzes (LBodSchG) einzuhalten.

9.3 Schall

9.3.1 Außenbauteile
Für die Schaffung der Wohnverträglichkeit gegenüber den Geräuschimmissionen sind innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete WA 1 bis WA 11 Lärmminderungsmaßnahmen erforderlich. Innerhalb der gekennzeichneten Lärmpegelbereiche (z.B. LPB III: maßgeblicher Lärmpegelbereich) sind für die Außenbauteile von Aufenthaltsräumen von Wohnungen (mit Ausnahmen von Küchen, Bädern und Hausarbeitsräumen) bei Neubaumaßnahmen oder wesentlichen Änderungen bestehender Gebäude Anforderungen an die Luftschalldämmung gemäß DIN 4109 »Schallschutz im Hochbau« Ausgabe 2018 (DIN 4109-1:2018-01) in Kapitel 7.1 / Gleichung 6 einzuhalten.

Dabei sind die Außenlärmpegel zugrunde zu legen, die sich aus den gekennzeichneten Lärmpegelbereichen ergeben. Die Zuordnung zwischen Lärmpegelbereichen und maßgeblichem Außenlärmpegel ist wie folgt definiert:

Lärmpegelbereich	Maßgeblicher Außenlärmpegel La
LPB II	60
LPB III	65
LPB IV	70
LPB V	75

Außenbauteile sind die Bauteile, die Aufenthaltsräume nach außen abschließen, insbesondere Fenster, Türen, Rolladenkästen, Wände, Dächer, Gauben und Decken unter nicht ausgebauten Dachgeschossen. Das resultierende Schalldämmmaß R'w,ges muss vom Gesamtbauteil erbracht sein. Es sind daher die Flächenanteile von Wand, Dach, Fenstern, Dachaufbauten etc. zu ermitteln. Die Berechnung der korrekten Dämmwerte erfolgt im Genehmigungsverfahren gemäß DIN 4109.

9.3.2 Besonders schutzbedürftige Räume
Bei besonders schutzbedürftigen Räumen (z.B. Schlafräumen) muss die erforderliche Gesamtschalldämmung der Außenfassaden auch im Lüftungszustand (z. B. durch schallgedämmte Lüftungssysteme oder Belüftungen über die lärmabgewandte Fassadenseite) sichergestellt werden. Dies ist in den mit ≥z 45 dB(A)< gekennzeichneten Bereichen mit einem Beurteilungspegel nachts über 45 dB(A) zwingend gegeben.

9.3.3 Außenwohnbereiche
Innerhalb des zeichnerisch festgesetzten Bereiches »Äquivalenter Dauerschallpegel von 62 dB(A) tags« in den Allgemeinen Wohngebieten sind die Errichtung von schutzbedürftigen Außenwohnbereichen (wie Terrassen und Balkonen) ohne schallabschirmende Maßnahmen unzulässig. Sofern Lärmschutzwände im Nahbereich (z.B. Wintergarten oder Loggia) keine Minderung der Verkehrsgeräusche bis zu einem äquivalenten Dauerschallpegel von höchstens 62 dB(A) tags sicherstellen, sind Außenwohnbereiche in entsprechende Bereiche der Grundstücke zu verlegen, die unterhalb des äquivalenten Dauerschallpegels liegen.

9.3.4 Ausnahmen
Von diesen Festsetzungen kann im Einzelfall im Rahmen des jeweiligen Baugenehmigungsverfahrens abgewichen werden, wenn im Rahmen des jeweiligen Baugenehmigungsverfahrens ein entsprechender Nachweis über die Einhaltung der geltenden Immissionsrichtwerte gemäß TA Lärm unter Berücksichtigung der Geräuschvorbelastung durch weitere Anlagen durch einen Sachverständigen vorliegt.

10. Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und Nr. 25b BauGB)

10.1 Erhalt von Bäumen
Die zeichnerisch als »Erhaltung von Bäumen« festgesetzten Bäume innerhalb der festgesetzten Allgemeinen Wohngebiete WA 9 und WA 10 sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB dauerhaft zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. Für wegfallende Bäume sind vor Ort angemessene Ersatzpflanzungen entsprechend Pflanzarten-Liste, hier entsprechend Liste B durchzuführen. Fachgerechte Ergänzungsanpflanzungen sind zulässig. Aufschüttungen und Abgrabungen sind im Bereich der festgesetzten Bäume (Kronenbereich zuzüglich 1 m) unzulässig.

10.2 Erhalt Sukzessionsbrache ehem. Gleisanlagen
Die als »Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen« festgesetzten Flächen innerhalb der Grünfläche mit der Zweckbestimmung »Sukzessionsbrache« ist dauerhaft als Sukzessionsbrache zu erhalten und fachgerecht zu pflegen.
Die festgesetzte Fläche ist unter Berücksichtigung der weiteren Ausführungen des Umweltberichtes alle drei Jahre zurück zu schneiden.

Zur Einfriedung ist eine maximal 2,5 m breite, randlich mindestens einreihig angepflanzte Hecke aus heimischen und standortgerechten Laubgehölzen entsprechend Liste C - Sträucher für Grünflächenanlagen (bis acht Meter Wuchshöhe) zulässig.

10.3 Erhalt Baumgruppen
Innerhalb der mit »Garten/Erhalt« gekennzeichneten und zeichnerisch als »Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen« festgesetzten Flächen ist die vorhandene Bepflanzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB dauerhaft zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. Für wegfallende Bäume und Sträucher sind vor Ort angemessene und gleichwertige Ersatzpflanzungen entsprechend Pflanzarten-Liste, hier entsprechend Liste B sowie Liste C (Sträucher) durchzuführen. Fachgerechte Ergänzungsanpflanzungen sind zulässig.

10.4 Begrünung von privaten Stellplätzen
Auf privaten Stellplatzanlagen mit mehr als 4 Stellplätzen sind je angefangene 4 Stellplätze ein standortgerechter großkroniger Laubbaum entsprechend der Pflanzenarten-Liste A (Hochstämme, 4 x verpflanzt, Stammumfang mindestens 25 – 30 cm gemessen in einem Meter Höhe) zu pflanzen, fachgerecht zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

Die Baumscheiben sind mit bodenbedeckenden Stauden flächig und dauerhaft zu begrünen. Die offene oder mit einem dauerhaft luft- und wasserdurchlässigen Belag versiehene Fläche muss mindestens 8 m² betragen. Bei Pflanzstreifen ist zusätzlich eine Mindestbreite von 1,50 m herzustellen. Pro Baum ist ein durchwurzelbarer Raum von mind. 12 m³ mit Baumsubstrat herzustellen. Des Weiteren ist ein vorsorglicher Schutz vor Stammschäden zu schaffen (z.B. Hochbord).

10.5 Begrünung private Grundstücksflächen
Je angefangene 100 m² versiegelter Fläche ist ein standortgerechter mittelkroniger Laubbaum zumindest II. Ordnung (Hochstämme, 4 x verpflanzt, mindestens 15-20 cm Stammumfang gemessen in einem Meter Höhe) zu pflanzen, fachgerecht zu pflegen und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

10.6 Begrünung von Dächern
Die Dächer aller Gebäude und baulichen Anlagen innerhalb des Plangebietes sind vollflächig mit einer standortgerechten Vegetation mindestens extensiv zu begrünen. Ausgenommen sind Dachflächenbereiche, die für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen oder für untergeordneten technischen Anlagen / Aufbauten / Bauteilen, wie z.B. Aufzügen, Treppenanlagen, Lüftungs- und Kühlaggregaten etc. genutzt werden.

Auch eine intensive Dachbegrünung ist zulässig.
Die Anbindung von Photovoltaik- und Solaranlagen ist explizit zulässig.
Die Dachbegrünung ist auf einer durchwurzelbaren, mindestens 10 cm starken wasserspeicherndem Substrat zu versehen (Kiesfilterschichten, Dränplatten, Dränschüttungen, Wurzelschutzfolien, Vlese u.ä. gelten nicht als wasserspeichernd).
Die hergestellte Dachbegrünung ist dauerhaft funktionsgerecht zu erhalten.

10.7 Anpflanzung freiwachsende Sichtschutzhecke
Innerhalb der »Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen« der festgesetzten privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage ist zur Sicherstellung eines angemessenen Sichtschutzes eine aufgelockerte mindestens 2-reihige geschlossene Wild-Strauchhecke aus heimischen, standortgerechten Gehölzen gemäß Pflanzarten-Liste, hier entsprechend Liste C (Sträucher) zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die Anpflanzung darf ergänzt werden durch die Anpflanzung von heimischen und standortgerechten Laubgehölzen entsprechend Pflanzarten-Liste Liste B (klein- bis mittelkronige Bäume).

10.8 Neuanpflanzung Böschung
In der zeichnerisch als »Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäum